

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

107

Christian Seeburger

Die Zu- und Aufteilung von Vertragsverhältnissen im Rahmen der Unternehmensspaltung



Nomos

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit

Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M. (Cambridge)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Prof. Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford)

Band 107

Christian Seeburger

Die Zu- und Aufteilung von Vertragsverhältnissen im Rahmen der Unternehmensspaltung



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Mainz, Johannes Gutenberg-Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8770-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-3337-3 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Dissertation angenommen. Die mündliche Prüfung fand am 17. Dezember 2021 statt. Rechtsprechung und Literatur wurden großteils bis Januar 2022 berücksichtigt.

Ich danke zunächst von ganzem Herzen meinem verehrten Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dirk A. Verse, M.Jur (Oxford), für die Betreuung dieser Arbeit und seine vollste Unterstützung bis zu ihrer Fertigstellung. Die Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl am Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht in Heidelberg werde ich immer in bester Erinnerung behalten. Seine juristische Präzision und sein Streben nach Perfektion werden mir stets ein Vorbild sein.

Danken möchte ich ferner Herrn Professor Dr. Roger Kiem, LL.M. (London) für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Für den Vorsitz der Disputation danke ich Herrn Professor Dr. Udo Fink. Den Herausgebern der Heidelberger Schriften zum Wirtschaftsrecht und Europarecht danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe.

Mein besonderer Dank gilt darüber hinaus den Heidelberger Kolleginnen und Kollegen von GSK Stockmann, insbesondere Herrn Dr. Philipp Kuhn und Herrn Dr. Jens Uwe Rügenhagen. Der langjährigen Tätigkeit als studentischer und wissenschaftlicher Mitarbeiter entstammt meine Idee für das Thema dieser Arbeit.

Großer Dank gebührt daneben meinen Kolleginnen und Kollegen und Freunden, die mich auf dem Weg bis zur Fertigstellung dieser Arbeit begleitet und die Arbeitstage stets bereichert haben. Die gemeinsame Zeit werde ich nie vergessen.

Zutiefst danken möchte ich schließlich meinen Eltern, ohne deren immerwährende und bedingungslose Unterstützung diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Ihnen ist die Arbeit gewidmet.

Heidelberg, im Januar 2022

Christian Seeburger

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1 Einführung	21
A. Gegenstand der Untersuchung	21
B. Vorgehensweise und Gang der Untersuchung	24
§ 2 Grundlagen von Spaltung und Spaltungsfreiheit	27
A. Entwicklung und Bedeutung der Spaltung	27
I. Die Entstehungsgeschichte des Spaltungsrechts	27
II. Motive des Gesetzgebers für das Umwandlungsgesetz	29
III. Die unternehmerische Motivation für die Durchführung einer Spaltung	30
B. Spaltungsrecht als Sukzessionsrecht	33
I. Die gedankliche Unterscheidung zwischen Vermögensübertragung und Sukzession	34
II. Allgemeine Charakteristika der Sukzession	35
1. Begriff und Wesen der Sukzession	35
a) Sukzessionslehre Savignys	35
b) Folgerungen für das heutige Sukzessionsverständnis	37
2. Bedeutung und Zweck der Sukzession	39
3. Ausprägungsformen der Sukzession und ihre Grundlagen	40
a) Singularsukzession	40
b) Universalsukzession	41
III. Freiheiten rechtsgeschäftlicher Sukzession	42
1. Privatautonomie als Grundlage rechtsgeschäftlicher Freiheiten	43
2. Der Typenzwang im Sukzessionsrecht	46
IV. Sukzessionsschutz als Korrelat	48
1. Schutz vor inhaltlichen Veränderungen des Rechtsverhältnisses	49
2. Schutz vor personellen Veränderungen des Rechtsverhältnisses	50

Inhaltsverzeichnis

3. Systemimmanentes Spannungsverhältnis	52
V. Zwischenfazit	53
C. Die Spaltungsfreiheit partieller Universalsukzession	54
I. Grundlagen der Spaltungsfreiheit	56
1. Rechtsgeschäftlicher Charakter der Spaltung	57
2. Rechtsnatur und Rechtswirkung des Spaltungsvertrags	61
3. Spaltungsfreiheit als Zuweisungs- und Aufteilungsfreiheit	63
II. Das rechtstechnische Prinzip partieller Universalsukzession	65
1. Charakteristika der einfachgesetzlichen Ausgestaltung	65
2. Die dogmatische Sonderstellung der Spaltung	67
a) Die partielle Universalsukzession zwischen Einzel- und Gesamtrechtsnachfolge	67
b) Das Verhältnis zur bürgerlich-rechtlichen Einzelrechtsnachfolge	70
c) Das Verhältnis zur verschmelzungsrechtlichen Gesamtrechtsnachfolge	72
3. Zwischenfazit	74
III. Das System spaltungsrechtlichen Sukzessionsschutzes	75
1. Das Schutzsystem im Überblick	75
2. Zum spaltungsspezifischen Spannungsverhältnis	76
3. Die Spaltungshaftung nach § 133 Abs. 1 und 3 UmwG als spezifisches Korrelat	78
a) Funktion und Systematik des haftungsrechtlichen Gläubigerschutzes	78
b) Ausgestaltung als akzessorische (Erfüllungs-)Haftung	80
aa) Gesetzliche Vorgaben	81
bb) Bedeutung der Spaltungsfreiheit für die Haftungsstruktur	82
(1) Mithaftung als Haftung für fremde Schuld (Sicherungsfunktion der Spaltungshaftung)	84
(2) Akzessorietätsmodell und Identität der Einstandspflicht	86
c) Zwischenfazit	89
D. Zusammenfassung	89

§ 3 Die Spaltungsfreiheit als Zuweisungsfreiheit	91
A. Das Vertragsverhältnis als spaltungsrechtlicher Vermögensteil	91
I. Die Entwicklung des Schuldverhältnisses zum Objekt allgemeiner Rechtsnachfolge	92
II. Vertragsverhältnisse als Zuweisungsobjekte partieller Universalsukzession	94
1. Kontinuität von Vertragsverhältnissen bei Rechtsträgerwechsel	94
2. Übertragungsprivileg sich spaltender Rechtsträger	95
a) Anknüpfungspunkt des Übertragungsprivilegs	96
aa) Die Vorstellung eines Sonderrechts am Vermögen als eigenständiger Übertragungsgegenstand der Spaltung	96
bb) Umwandlungsprivileg und Unternehmenskontinuität	97
cc) Gesetzgeberische Wertung: Grundsatz in dubio pro libertate	98
dd) Stellungnahme	100
b) Verzicht auf einen präventiven Vertragspartnerschutz als Charakteristikum des Übertragungsprivilegs	105
aa) Vertragspartnerschutz nach §§ 132, 131 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 UmwG a.F.	105
(1) Zur (berechtigten) Streichung der Vorschriften	105
(2) Der begrenzte Vertragspartnerschutz nach §§ 132, 131 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 UmwG a.F.	107
bb) Folgerungen für das Konzept der „Rechtsfolgenlösung“	110
c) Zwischenfazit	112
3. Strukturelle Grenzen der spaltungsrechtlichen Vertragszuweisung	113
a) Unübertragbarkeit höchstpersönlicher Vertragsverhältnisse	113
aa) (Schein-)Parallele zur erbrechtlichen Universalsukzession	114
bb) (Fehlende) Höchstpersönlichkeit im unternehmerischen Verkehr	116
cc) Wertungen des Spaltungsrechts als Auslegungsmaßstab	118

Inhaltsverzeichnis

dd) Zwischenfazit	122
b) Zivilrechtliche Trennungshindernisse	122
c) Allgemeines Missbrauchsverbot	124
aa) Anwendbarkeit	124
bb) Kriterien einer rechtsmissbräuchlichen Gestaltung	126
d) Zwischenfazit	129
4. Rechtsgeschäftliche Grenzen spaltungsrechtlicher Vertragszuweisung	129
a) Bedingte Aussagekraft der Streichung der §§ 132, 131 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 UmwG a.F.	130
b) Bewertung anhand des Prinzips umwandlungsrechtlicher Gesamtrechtsnachfolge	132
c) Anknüpfung an die Grundwertung des § 137 S. 1 BGB	133
d) Zwischenfazit	135
e) Exkurs: Übertragbarkeit vinkulierter Gesellschaftsanteile	136
III. Zusammenfassung	138
B. Korrektive spaltungsrechtlicher Vertragszuweisung	139
I. Übertragung des einzelgegenständlichen Sukzessionsschutzes	140
1. Analoge Anwendbarkeit auf die partielle Universalsukzession	140
2. Geltung abtretungs- und schuldübernahmerechtlicher Sukzessionsvorschriften	142
a) Übertragung eines entsprechenden Schuldnerschutzes bei Austausch der Gläubigerstellung (Forderungsübertragung)	142
aa) Erhalt bestehender Einwendungen und Aufrechnungsbefugnis	142
bb) Schuldnerschutz bei Unkenntnis der Spaltung	143
cc) Schuldnerschutz bei Anzeige der Spaltung	145
b) Übertragung eines entsprechenden Gläubigerschutzes bei Austausch der Schuldnerstellung (Schuldübertragung)	146
aa) Schutz des Gläubigers bei Kenntnis bzw. Unkenntnis der Spaltung	146

bb) Bedeutung der §§ 407, 409 BGB für die Anmeldung der Sicherheitsleistung	148
(1) Die Anmeldung beim „richtigen“ Rechtsträger als praktisches Problem	148
(2) Lösung über eine analoge Anwendung der §§ 407 Abs. 1, 409 Abs. 1 BGB	150
cc) Fortbestand von Sicherungsrechten	153
c) Entsprechende Anwendung des Sukzessionsschutzes auf die Übertragung ganzer Vertragsverhältnisse	156
aa) Einwendungserhalt und Erhalt der Aufrechnungsbefugnis	156
bb) Schutz des verbleibenden Vertragsteils bei Unkenntnis der Spaltung	157
cc) Schutz des verbleibenden Vertragsteils bei Anzeige der Spaltung	158
3. Zwischenfazit	161
II. Korrektur der Vertragszuweisung durch schuldrechtliche Vorschriften	161
1. Grundlagen des Schutzkonzepts	162
a) Vertragskorrektur als vertragsimmanentes Recht	162
b) Die schuldrechtliche Korrektur als Ausnahmeschutz	165
2. Wegfall der Geschäftsgrundlage	167
a) Spaltungsrechtlicher Vertragsübergang als schwerwiegende Grundlagenstörung	169
aa) Störung der inhaltlich-rechtlichen Grundlage	171
bb) Störung der finanziellen Grundlage	173
cc) Störung der personenbezogenen (Vertrauens-)Grundlage	176
b) Unzumutbarkeit der Grundlagenstörung	177
c) Subsidiarität und Grenzen der Vertragsanpassung	178
3. Recht zur außerordentlichen Kündigung	180
a) Isolierte Vertragsübertragung als eigenständiger Kündigungsgrund?	181
b) Kündigung aus personenbezogenen Gründen	183
aa) Strukturelle Veränderungen in der Person des Vertragspartners	185
(1) Unzumutbare Veränderungen bei Verbleib des Vertragsverhältnisses	185
(a) Bedeutung des Anspruchs auf Sicherheitsleistung nach § 22 UmwG	187

Inhaltsverzeichnis

(b) Keine allgemeine Ausschlusswirkung des § 22 UmwG	188
(2) Unzumutbare Veränderungen bei Übergang des Vertragsverhältnisses	190
(a) Verringertes Garantiekapital des übernehmenden Rechtsträgers als Kündigungsgrund	190
(b) Ausschüttungssperre in Analogie zu § 225 Abs. 2 AktG?	193
(c) Zwischenfazit	195
bb) Verlust des Vertrauens in die Person des Vertragspartners	195
(1) Aufdrängen eines unzumutbaren Geschäftskontakts	196
(2) Besondere (Vertrauens-)Bindung zum übertragenden Rechtsträger	198
c) Überwindung von Übertragungsbeschränkungen und Rechtsmissbrauch als Kündigungsgrund	199
d) Sonderfall: Kündigungsrecht der Schuldverschreibungsgläubiger bei Spaltung der Emittentin	200
e) Ausübung des Kündigungsrechts	204
4. Zwischenfazit	205
III. Korrektur der Vertragszuweisung durch rechtsgeschäftliche Gestaltungsmittel	206
1. Vertragliche qualifizierte Kündigungsrechte für den Spaltungsfall	208
a) Vereinbarkeit mit dem umwandlungsrechtlichen Wertungsgefüge	208
b) Allgemeine Schranken wirksamer Klauselvereinbarungen	210
c) Schranken AGB-rechtlicher Inhaltskontrolle	212
2. Sonderfall: (spaltungsunspezifische) Change-of-Control-Klauseln	215
3. Partielle Universalsukzession als Anknüpfungspunkt einer auflösenden Bedingung	216
4. Gesellschaftsvertragliche Regelungen für den Übergang vinkulierter Anteile	218

5. Korrektur der Spaltungsfolgen durch Rückübertragung des Vertragsverhältnisses	219
a) Schuldrechtliche Wirkung und Zulässigkeit einer Rückübertragung	220
aa) Rechtliche Grundlagen	220
(1) Spaltungsspezifische vertragliche Rückholklauseln	220
(2) Schuldrechtliche Wirkung von Übertragungsverboten: schadensersatzrechtliche Rückübertragungspflicht im Rahmen der §§ 249 ff. BGB	221
bb) Rechtliche Grenzen der schuldrechtlichen Wirkung	223
(1) Irreversibilität der Spaltung, § 131 Abs. 2 UmwG	224
(2) Indisponibilität der Spaltung, § 1 Abs. 3 UmwG	225
(a) Das Abweichungsverbot des § 1 Abs. 3 S. 1 UmwG	225
(b) Versagung einer schuldrechtlichen Wirkung in Parallele zu § 354a Abs. 1 S. 3 HGB?	226
b) Abwicklung der Rückübertragung	229
aa) (Grund-)Fragen der Rückübertragung	229
(1) Maßstab und Bedeutung eines Übergangs der Schadensersatzpflicht	231
(2) Übergang der Schadensersatzpflicht im Zuge der Vertragsübertragung	233
bb) Folgen der Hauptschuld des übernehmenden Rechtsträgers für die Rückabwicklung	235
C. Zusammenfassung	236
§ 4 Die Spaltungsfreiheit als Aufteilungsfreiheit	237
A. Einführung in die Problemstellung	238
I. Motive und Interessenlage einer Vertragsaufteilung	239
1. Darstellung anhand praktischer Beispiele	239
2. Motive der beteiligten Rechtsträger für eine Vertragsaufteilung	241

Inhaltsverzeichnis

3. Interessen von einer Vertragsaufteilung betroffener Vertragspartner	242
II. Meinungsspektrum der Literatur und diskutierte Aufteilungsformen	244
1. Überblick über die Literaturansichten	244
2. Diskutierte Gestaltungsformen einer Vertragsaufteilung	246
B. Grundlagen der Untersuchung	249
I. Gesetzliche Grundlagen	249
II. Dogmatische Grundlagen der Sukzession	250
C. Rechtliche Zulässigkeit und Grenzen der Vertragsaufteilung	252
I. Aufteilung von Forderungen und Verbindlichkeiten	252
1. Teilabtretung im Rahmen der §§ 398 ff. BGB	252
a) Allgemeine Zulässigkeit der Forderungsteilung	252
b) Zum sukzessionsrechtlichen Identitätsverständnis im Rahmen der Teilabtretung	254
c) Zumutbarkeit einseitiger Forderungsteilung kraft Abtretungsfreiheit	257
2. Teil- Schuldübernahme nach Maßgabe der §§ 414 f. BGB	258
3. Aufteilung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Wege der Spaltung	259
a) Spaltungsrechtliche Aufteilung von Forderungen	260
b) Spaltungsrechtliche Aufteilung von Verbindlichkeiten	261
aa) Die Teilbarkeit von Verbindlichkeiten in der umwandlungsrechtlichen Diskussion	261
bb) Zumutbarkeit der spaltungsrechtlichen Aufteilung	263
4. Zwischenfazit	264
II. Trennung von Forderungen und Verbindlichkeiten aus einem Vertragsverhältnis	265
III. Reale Aufteilung von Vertragsverhältnissen	268
1. Vertragsaufteilung im Rahmen der bürgerlich-rechtlichen Vertragsübernahme	268
a) Zulässigkeit einer beschränkten Vertragsübernahme	268
b) Vertragsaufteilung infolge sachlicher Beschränkung	271
2. Realteilung von Verträgen im Rahmen der Spaltung	272
a) Rechtstechnische Teilbarkeit von Verträgen	272

b) Zumutbarkeit spaltungsrechtlicher Vertragsaufteilung für die verbleibende Vertragspartei	275
aa) Bewertung des spaltungsrechtlichen Schutzsystems	276
bb) Vertragspartnerschutz durch die §§ 404 ff. BGB	279
cc) Ausgleich durch das Recht zur außerordentlichen Kündigung, § 314 Abs. 1 BGB	280
dd) Zumutbarkeit der realen Vertragsaufteilung im Einzel- bzw. Ausnahmefall	282
ee) Zulässigkeit der realen Vertragsaufteilung kraft Zustimmung?	284
c) Zwischenfazit	286
IV. Inhaltsgleiche Duplizierung eines Vertragsverhältnisses	287
1. Praktische Bedeutung	287
2. Stellungnahme	289
V. Einheitliche Zuweisung eines Vertrages an mehrere Rechtsträger (kumulative Vertragszuweisung)	292
1. Rechtsfigur des Vertragsbeitritts im bürgerlichen Recht	293
a) Dogmatische Einordnung und rechtsgeschäftliche Begründung	293
b) Rechtslage hinsichtlich der gewillkürten Gesamtgläubigerschaft	294
aa) Keine Begründung durch Abtretung gemäß § 398 BGB	295
bb) Vereinbarung einer Gesamtgläubigerschaft als zustimmungspflichtiges Rechtsgeschäft	296
2. Folgerungen für die Gestaltungsvarianten im Rahmen der Spaltung	297
a) Kumulative Vertragszuweisung als Rechtsnachfolge	297
aa) Gesetzeswortlaut und Gesetzesmaterialien	298
bb) Definitiver Rechtsverlust als maßgebendes Kriterium	298
b) Bildung einer Gesamtgläubigerschaft	300
aa) Keine Begründung im Wege der Rechtsnachfolge	300
bb) Keine einseitige Begründung einer Gesamtgläubigerschaft mangels adäquaten Spaltungsschutzes	301

Inhaltsverzeichnis

c) Bildung einer Mitgläubigerschaft	303
3. Zwischenfazit	304
VI. Folgen einer unzulässigen Vertragsaufteilung	304
D. Zusammenfassung	306
§ 5 Zusammenfassung der Ergebnisse	307
Literaturverzeichnis	321

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
AG	Aktiengesellschaft
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz.	Bundesanzeiger
BayOblGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOK, BGB	Beck'scher Online-Kommentar, BGB (nach Lit. Verz.)
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
chap.	chapter
d.h.	das heißt

Abkürzungsverzeichnis

DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
Der Konzern	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen
ders.	derselbe
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Einl.	Einleitung
et al.	et alii (und andere)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f. (ff.)	folgende (Plural)
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesR	Gesellschaftsrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.M.	herrschende Meinung
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
Hs.	Halbsatz
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung

Kap.	Kapitel
LG	Landgericht
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NK-BGB	Nomos-Kommentar-BGB (nach Lit. Verz.)
NK-UmwR	Nomos-Kommentar Umwandlungsrecht (nach Lit. Verz.)
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
OLG	Oberlandesgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
S.	Seite
s.o.	siehe oben
SchuldR	Schuldrecht
SchVG	Gesetz über Schuldverschreibungen aus Gesamtemissionen
SpaltG	Spaltungsgesetz (Österreich)
u.a.	unter anderem
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwG-E	Referentenentwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Umwandlungsrechts, vom 15. April 1992
UmwR	Umwandlungsrecht
Urt.	Urteil
v.	vom, von, vor
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Abkürzungsverzeichnis

vgl.	vergleiche
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag
wbl.	Wirtschaftsrechtliche Blätter (Österreich)
WM	Wertpapier-Mitteilungen
z.B.	zum Beispiel
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht